

Für das Vertragswerk von Paris und die Einbeziehung Westdeutschlands in das Atlantikpaktsystem oder für die friedliche Regelung der Deutschlandfrage und den Abschluß eines Friedensvertrages im Rahmen einer allseitigen kollektiven Sicherheitsregelung in Europa.

Die Durchführung eines solchen Volksentscheides ist keine juristische Frage, sondern eine außerordentlich wichtige politische Frage für die Zukunft der gesamten deutschen Nation.“

17.12.1954

Appell des Präsidiums der Volkskammer an den Bonner Bundestag:

„Im Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands den Verträgen von London und Paris die Zustimmung zu verweigern

für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen im Jahre 1955 einzutreten.“

„Für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzutreten, das alle europäischen Staaten einschließlich Deutschlands umfaßt.“

12.1.1955

Im Namen aller weiblichen Abgeordneten der Volkskammer wird allen Frauen und Müttern im Bundestag ein Schreiben überreicht, in dem es u. a. heißt:

„Fallen aber die Pariser Verträge, dann kann das deutsche Volk noch im Jahre 1955 eine gesamtdeutsche Nationalversammlung wählen.“

26.1. 1955

Der Ausschuß für Deutsche Einheit schlägt dem DGB-Bundesvorstand vor, einen gesamtdeutschen Ausschuß für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen:

„Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt der Ausschuß für Deutsche Einheit dem Vorbereitenden Komitee in Frankfurt (Main) vor, einen gesamtdeutschen Ausschuß für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu bilden, der sich aus Vertretern aller Parteien, öffentlichen Organisationen, Berufsstände und hervorragenden Repräsentanten aus Kunst und Wissenschaft zusammensetzt.“